



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF)
Commission nationale de prévention de la torture (CNPT)
Commissione nazionale per la prevenzione della tortura (CNPT)
Cummissiun naziunala per la prevenziun cunter la tortura (CNPT)
National Commission for the Prevention of Torture (NCPT)

Bern, den 6. Juni 2013

NKVF 10/2012

**Bericht an den Regierungsrat des Kantons
Wallis betreffend den Besuch der Nationalen
Kommission zur Verhütung von Folter
in den Untersuchungsgefängnissen von Sion und
Martigny vom 27. bis 29. November 2012**

Angenommen an der Plenarversammlung vom 12. Februar 2013

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	3
	Zusammensetzung der Delegation und Datum des Besuchs	3
	Zielsetzungen	3
	Ablauf, Gespräche und Zusammenarbeit	3
	Umstrukturierung der Walliser Strafanstalten	4
	Kurze Beschreibung des Untersuchungsgefängnisses „Les Iles“ von Sion	5
	Kurze Beschreibung des Untersuchungsgefängnisses von Martigny	5
II.	Beobachtungen, Feststellungen und Handlungsbedarf zu den Anstalten Martigny und Sion	6
a.	Misshandlungen und/oder erniedrigende Behandlungen.....	6
b.	Körperdurchsuchungen.....	6
c.	Materielle Haftbedingungen im Untersuchungsgefängnis von Sion	7
d.	Materielle Haftbedingungen im Untersuchungsgefängnis von Martigny	7
e.	Haftregime	8
f.	Disziplinarregime und Sanktionen.....	9
g.	Medizinische Versorgung.....	10
h.	Information an die Insassen.....	12
i.	Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten	12
j.	Kontakte mit der Aussenwelt.....	12
k.	Sozialdienst	13
l.	Management	13
m.	Personal	14
III.	Zusammenfassung	14
IV.	Synthese der Empfehlungen	15

I. Einleitung

1. Gestützt auf das Bundesgesetz vom 20. März 2009¹ hat die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter die Untersuchungsgefängnisse von Sion und Martigny besucht und die Situation von Personen im Freiheitsentzug überprüft.

Zusammensetzung der Delegation und Datum des Besuchs

2. Eine Delegation der NKVF bestehend aus Marco Mona, Delegationsleiter, Alberto Achermann, Kommissionsmitglied, Elisabeth Baumgartner, Kommissionsmitglied, Stéphanie Heiz-Ledesma, Kommissionsmitglied, Sandra Imhof, Geschäftsleiterin und Damiano Orelli, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, besuchte vom 27. bis 29. November 2012 das Untersuchungsgefängnis von Sion. Ein Teil der Delegation erstattete dem Untersuchungsgefängnis von Martigny am 28. November 2012 einen Besuch ab.

Zielsetzungen

3. Während des Besuches überprüfte die Delegation insbesondere folgende Aspekte des Freiheitsentzuges:
 - i. Überprüfung der Haftregime der Untersuchungs- und ausländerrechtlichen Administrativhaft;
 - ii. Wahrung der Verhältnismässigkeit und Menschenwürde beim Eintritt, nach Besuchen und externen Aufenthalten, insbesondere bei der Leibesvisitation, bei Transporten und bei der Anwendung von Zwangsmassnahmen;
 - iii. Kompetenz und Umgangston des Personals; Gleichbehandlung der Insassen soweit als möglich;
 - iv. Einhaltung des Rechtes auf täglichen Spaziergang; Beschäftigungsmöglichkeiten und Freizeitaktivitäten;
 - v. Kenntnis der Hausordnung sowie Angemessenheit der Standards;
 - vi. Verpflegung und Hygiene;
 - vii. Zugang zu adäquater medizinischer Pflege; Einblick in die Krankengeschichten;
 - viii. Handhabung von Beschwerden und Disziplinar massnahmen;
 - ix. Allgemeiner Eindruck des Haftortes bezüglich Management, Raumverhältnisse, Kompetenz des Personals und aufgrund von Rückmeldungen von Insassen und Drittpersonen;
 - x. Überprüfung des Sicherheitsdispositivs (Feuer, Evakuierung etc.).

Ablauf, Gespräche und Zusammenarbeit

4. Der Besuch der NKVF wurde der Direktion der Walliser Strafanstalten mit einem Brief vom 12. November 2012 angekündigt. Der dreitägige Besuch im Untersuchungsgefängnis von Sion begann am 27. November 2012 mit einem Eintrittsgespräch, an welchem neben Georges Seewer, Direktor der Walliser Strafanstalten auch der Leiter der Walliser Untersuchungsgefängnisse Sion

¹ SR 150.1, <<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2009/2109.pdf>>.

und Martigny, Alain Broccard, anwesend war. Ein Teil der Delegation besuchte zudem am 28. November 2012 das Untersuchungsgefängnis von Martigny. Ein anderer Teil der Delegation unternahm am 28. November 2012 einen nicht angemeldeten Follow-up Besuch im Ausschaffungszentrum LMC in Granges. Zu diesem Besuch wird ein separater Bericht erstellt.

5. Die Delegation führte im Verlauf der dreitägigen Visite Gespräche mit:
 - 36 Insassen
 - Georges Seewer, Direktor der Walliser Strafanstalten
 - Alain Broccard, Leiter der Walliser Untersuchungsgefängnisse
 - René Raggenbass, Chefarzt
 - Dr. med. Jean-Marc Caloz, Arzt für Allgemeinmedizin
 - Myriam Nicolet, Psychologin
 - weitere Mitarbeitende der Untersuchungsgefängnisse von Sion und Martigny, darunter Vollzugsangestellte, Küchenpersonal, Seelsorger
6. Nach dem Antrittsgespräch unternahm die Delegation einen begleiteten Rundgang durch die verschiedenen Abteilungen des Untersuchungsgefängnisses von Sion. Dabei wurden stichprobenweise Zellen inspiziert. Die Sporthalle, die Spazierhöfe, die Küche, die Krankenstation sowie diverse Arbeitsplätze wurden ebenfalls besichtigt.
7. Der Kommission waren bereits vor Beginn des Besuchs verschiedene Unterlagen zur Verfügung gestellt worden, darunter das Reglement über die Strafanstalten des Kantons Wallis, verschiedene Formulare sowie statistische Angaben zu den InsassenInnen in den Walliser Strafanstalten. Die Delegation erlebte eine kooperative Aufnahme von Seiten der Gefängnisdirektion. Während der gesamten dreitägigen Visite der Delegation standen Mitarbeitende jederzeit kompetent und freundlich zur Verfügung. Alle Fragen der Delegation wurden ausführlich und vollständig beantwortet und die gewünschten Unterlagen auf Anfrage hin zur Verfügung gestellt.

Umstrukturierung der Walliser Strafanstalten

8. Am 16. Februar 2011 beauftragte der Staatsrat des Kantons Wallis ein unabhängiges Beratungsunternehmen, die Clavem GmbH, eine Organisationsanalyse der Walliser Strafanstalten durchzuführen. Der von Dr.iur. Brägger verfasste und im September 2011 erschienene Bericht schlägt vor, in den Walliser Strafanstalten „*einen grundlegenden Veränderungsprozess einzuleiten*“². Die im Bericht enthaltenen Empfehlungen wurden von der Kantonsregierung aufgenommen und bilden die Grundlage von dem im Oktober 2012 präsentierten Plan zur Umstrukturierung der Walliser Strafanstalten.
9. Der Bericht von Dr.iur. Brägger empfiehlt unter anderem, dass das Gefängnis in Martigny ausschliesslich für den Vollzug der ausländerrechtlichen Administrativhaft eingesetzt werden soll. Die Untersuchungshaft soll weiterhin in Sion vollzogen werden und „*die heute für die Halbgefängenschaft und das Arbeitsexternat genutzten Sektoren dem geschlossenen Strafvollzug (Warteab-*

² BRÄGGER, BENJAMIN F., Organisationsanalyse der Walliser Strafanstalten: Schlussbericht, vom 16. Februar 2011, Bödingen 2011, S. 6, <https://www.vs.ch/Press/DS_3/CP-2011-09-23-19089/de/Schlussbericht%20VS%20-%2002.09.2011.pdf>.

teilung bis zur Verlegung in eine geschlossene Strafvollzugsanstalt und Kurzstrafvollzug) oder aber dem vorzeitigen Strafantritt für Männer dienen³.

10. In einer Medienmitteilung vom 15. Oktober 2012 hat die Walliser Regierung ihre Pläne zur Umstrukturierung der Walliser Strafanstalten bekanntgegeben, welche in zwei Etappen erfolgen soll. In einer ersten Phase (<5 Jahre) sollen die Haftplätze für die Halbgefängenschaft und das Arbeitsexternat an die Standorte Martigny und Brig verlegt werden; die Untersuchungshaft soll künftig in den Gefängnissen von Brig und Sion vollzogen werden. In einer zweiten Phase (5-10 Jahre) soll eine Verringerung der Standorte angestrebt werden. Der Plan sieht zudem vor, die ausländerrechtliche Administrativhaft an einem Standort zu konzentrieren, doch müssen vorab die Absichten des Bundes, der für die Finanzierung aufkommt, geklärt werden.
11. In der Medienmitteilung wird zudem die Situation bezüglich des Personalmangels „*als Besorgnis erregend*“ beschrieben⁴. Die Delegation wurde bereits beim Eintrittsgespräch auf diesen Zustand hingewiesen. Die Kommission hofft, dass diese Problematik im Rahmen der Umstrukturierung prioritär angegangen wird.

Kurze Beschreibung des Untersuchungsgefängnisses „Les Iles“ von Sion

12. Das Gefängnis „Les Iles“ wurde 1998 neu in Betrieb genommen. Heute werden dort neben Untersuchungshäftlingen auch Häftlinge in Sicherheitshaft nach Art. 220 Strafprozessordnung (StPO) sowie Häftlinge im regulären Strafvollzug nach den Artikeln 40, 41 und 77 Schweizerisches Strafgesetzbuch (StGB) und solche in Halbgefängenschaft oder im Arbeitsexternat nach Art. 77a Abs. 3 StGB untergebracht. Das Gefängnis besteht aus acht zweistöckigen Abteilungen (je zwei Trakte stehen sich symmetrisch gegenüber).
13. Insgesamt verfügt das Gefängnis über 121 Plätze. Zur Zeit des Besuches der Kommission waren 108 Haftplätze belegt: Davon befanden sich 68 Personen in Untersuchungshaft, 13 in Halbgefängenschaft, 22 im regulären Strafvollzug, drei in einer stationäre therapeutische Massnahme nach Art. 59 StGB, eine in Wohn- und Arbeitsexternat und eine im vorzeitigen Strafvollzug.
14. Der Delegation wurde mitgeteilt, dass die Realisierung der Umbauarbeiten in den Trakten A und E zur Umsetzung der im Bericht von Dr.iur. Brägger enthaltenen Empfehlung (siehe Ziffer 9) für das Jahr 2014 geplant ist⁵. Die Delegation wurde auch über das Projekt betreffend den Bau von zwei zusätzlichen Trakten informiert. Diesbezüglich liegen jedoch keine konkreten Pläne vor.

Kurze Beschreibung des Untersuchungsgefängnisses von Martigny

15. Das Untersuchungsgefängnis von Martigny war ursprünglich ein Schlachthaus und wurde nach einem Umbau 1995 als Haftanstalt in Betrieb genommen. Insgesamt verfügt das Gebäude über

³ BRÄGGER, op. cit., S. 22.

⁴ <http://www.vs.ch/Press/DS_3/CP-2012-10-15-20442/de/comm_de.pdf>.

⁵ Trakt A ist zurzeit für den Vollzug von kurzen Strafen bestimmt. Nach den Umbauarbeiten soll der Trakt 11 Plätze für den geschlossenen Strafvollzug (Warteabteilung bis zur Verlegung in eine geschlossene Strafanstalt) sowie für den vorzeitigen Strafantritt zur Verfügung stellen. Nach Plan werden sich die Zellen im ersten Stock befinden. Im Erdgeschoss sollen ein Arbeitsatelier, ein Gemeinschaftsraum sowie ein Büro für die Sozialarbeiter entstehen. Der heute für die Halbgefängenschaft bestimmte Trakt E soll nach den Umbauarbeiten nur noch für Untersuchungshäftlinge bestimmt sein (11 Plätze im ersten Stockwerk). Im Erdgeschoss ist die Schaffung von drei neuen modernen Räumen zur Einvernahme geplant.

30 Haftplätze. Nachdem 2012 der Sektor der Halbgefangenschaft geschlossen wurde, stehen 17 Plätze für die ausländerrechtliche Administrativhaft gemäss den Art. 73, 75-78 Ausländergesetz (AuG) zur Verfügung. Die übrigen 13 Plätze werden für den Vollzug der Untersuchungs- und Sicherheitshaft für Männer und Frauen genutzt.

16. Anlässlich des Besuches der Kommission waren insgesamt 25 Personen inhaftiert. 13 Männer und eine Frau befanden sich in ausländerrechtlicher Administrativhaft, acht Männer und drei Frauen in Untersuchungs- und Sicherheitshaft.

II. Beobachtungen, Feststellungen und Handlungsbedarf zu den Anstalten Martigny und Sion

a. Misshandlungen und/oder erniedrigende Behandlungen

17. Der Delegation wurde während ihres Besuches in den Untersuchungsgefängnissen von Sion und Martigny kein Fall von unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung bzw. Misshandlung durch das Personal gegenüber InsassenInnen gemeldet, noch gab es indirekte Hinweise auf solche Misshandlungen. Der Umgangston zwischen Personal und Insassen erschien der Delegation im Allgemeinen respektvoll.
18. Im Untersuchungsgefängnis von Martigny wurde der Delegation zugetragen, dass zwei Vollzugsangestellte gegenüber muslimischen Insassen ein fremdenfeindliches Verhalten an den Tag gelegt hätten. Diese Anschuldigungen wurden der Gefängnisleitung anlässlich des Abschlussgesprächs vom 29. November 2012 mitgeteilt, mit der Empfehlung, den Sachverhalt abzuklären. **Die Kommission wünscht über das weitere Vorgehen und gegebenenfalls über die eingeleiteten Massnahmen informiert zu werden. Anlässlich des Feedbackgesprächs nahm sie zur Kenntnis, dass eine interne Abklärung stattgefunden hat. Die Kommission wurde über deren Ergebnis informiert.**

b. Körperdurchsuchungen

19. Der Kommission wurde anlässlich des Abschlussgesprächs mit der Direktion vom 29. November 2012 ein detailliertes Reglement für die Leibesvisitation abgegeben, welches am 2. Juli 2012 für alle Walliser Strafanstalten in Kraft getreten ist. Demzufolge sei die Körperdurchsuchung in zwei Phasen durchzuführen. Weiter hält das Reglement fest, dass das Bücken des Körpers nach vorne bei der Suche nach unerlaubten Gegenständen im oder am Körper verlangt werden könne. Die Kommission hatte im Untersuchungsgefängnis von Sion Gelegenheit, den Eintritt eines Untersuchungshäftlings zu beobachten und stellte dabei fest, dass die Leibesvisitation in zwei Phasen erfolgte. Im Untersuchungsgefängnis von Martigny beklagten sich jedoch zahlreiche Insassen, dass sie sich während der Leibesvisitation nackt hätten ausziehen und nach vorne bücken müssen. Als positiv zu bezeichnen ist die Tatsache, dass die von der Kommission anlässlich ihres ersten Besuches im Kanton Wallis abgegebene Empfehlung mit diesem internen Reglement umgesetzt wurde⁶. **Die Kommission ist allerdings der Ansicht, dass die im Reglement festgehaltene Anweisung**

⁶ „Leibesvisitation erfolgt bei männlichen Personen durch Bücken gegen eine Wand, völlig nackt und umfasst auch eine visuelle Kontrolle des Anus. **Diese systematisch bei allen Insassen angewandte Massnahme ist unverhältnismässig und entwürdigend.**“
<http://www.nkvf.admin.ch/content/dam/data/nkvf/110110_ber_vs_brig-d.pdf>, Ziff. 12, S. 5.

zur zweiphasigen Körperdurchsuchung systematisch zur Anwendung kommen sollte und empfiehlt zudem von der Praxis des Bückens des Körpers nach vorne ganz abzusehen. Nicht nur wird dieses Verfahren von vielen Insassen als erniedrigend empfunden, sie ist zudem für die Sicherstellung von unerlaubten Gegenständen im oder am Körper in aller Regel kaum zielführend.

c. Materielle Haftbedingungen im Untersuchungsgefängnis von Sion

20. Das Gebäude verfügt über 100 Einzelzellen und sieben Dreierzellen. Die Zellen sind sauber und hell. Sie sind mit einer Gegensprechanlage mit integriertem Radio, einem Fernseher sowie einem Wasserkocher ausgestattet. 20 Zellen sind mit einer Stehtoilette versehen, die ebenfalls als Dusche genutzt werden kann. In den Zellenttrakten, wo die Zellen nicht mit Duschen ausgestattet sind, befinden sich im Flur jedes Trakts je drei gemeinsame Duschen, die zweimal pro Woche genutzt werden können, was die Kommission als zu wenig erachtet.
21. Das Gebäude verfügt über eine grosszügige und moderne Sporthalle, deren Benutzung durch die Insassen jedoch aufgrund des mangelnden Personals auf eine Stunde pro Woche beschränkt ist. Neben der Sporthalle befindet sich ein mit modernen Geräten ausgestatteter Kraftraum. Hier gelten die gleichen zeitlichen Beschränkungen. Zur Benutzung dieser Anlagen erhalten die Insassen angemessene Kleidung und Sportschuhe. Im Vergleich zu der Sporthalle wirken die Spazierhöfe (je einer pro Trakt) eher klein und sind minimal ausgestattet. Spiele oder sonstige Sportaktivitäten sind in den Spazierhöfen kaum möglich.
22. Die Kommission hatte Gelegenheit die Küche zu besichtigen, welche durch ihren sauberen Zustand und ihre moderne Ausstattung einen sehr guten Eindruck hinterliess. Vegetarische Menüs stehen nicht im Angebot. Der interne Kiosk verfügt über ein eher beschränktes Angebot an Produkten, die mit Formular bestellt werden können; Frischprodukte sind nur am Freitag vorhanden. Die Preise sind auf der Produktliste nicht ersichtlich.
23. In den Gängen der einzelnen Trakte stehen den Insassen Bücher zur Verfügung. Die im Gebäude vorhandene Bibliothek ist in der Praxis wegen des Personalmangels kaum zugänglich.

d. Materielle Haftbedingungen im Untersuchungsgefängnis von Martigny

24. Das Gefängnis verfügt über zwölf Einzel- und neun Zweierzellen. Die Zellen sind mit einer Gegensprechanlage sowie einem Kabelfernseher ausgerüstet. Zudem befindet sich in jeder Zelle eine Stehtoilette, welche auch als Dusche genutzt werden kann.
25. Der Spazierhof weist eine Grösse von etwa 100 m² auf und wirkt aufgrund des Betons und der Übergitterung kalt und düster. Es bestehen nur beschränkte Möglichkeiten für Ballspiele und Tischtennis. Eine Sporthalle ist nicht vorhanden. **Die Kommission ist der Ansicht, dass das Angebot an Bewegungsmöglichkeiten auszubauen ist.**
26. Die Mahlzeiten werden vom Spital Martigny geliefert. Sowohl das Personal als auch die Insassen haben das Essen als mittelmässig eingestuft. Die Insassen können aus dem Kiosk verschiedenste Produkte bestellen.

27. Im dritten Stock befinden sich ein Bürozimmer für den Gesundheitsdienst sowie ein Aufenthaltsraum fürs Personal und die Waschküche. Im Dachgeschoss stehen derzeit eine gewisse Anzahl Zellen einfach leer. Diese Räumlichkeiten könnten sich beispielsweise für die Schaffung einer eigenen Abteilung für Personen in ausländerrechtlicher Administrativhaft eignen.

e. Haftregime

Untersuchungshaft in Sion und Martigny

28. Untersuchungshäftlinge werden sowohl in Sion als auch in Martigny untergebracht. Frauen werden ausschliesslich in Martigny untergebracht. In beiden Anstalten verbringen die InsassInnen mit Ausnahme des einstündigen Spaziergangs 23 Stunden am Tag in der Zelle. In Sion können die Insassen eine Stunde pro Woche die zur Verfügung stehende Sporthalle benutzen und verfügen wenigstens über ein knappes Beschäftigungsangebot.
29. In Martigny verfügen die InsassInnen weder über ein Beschäftigungsangebot noch haben sie die Möglichkeit sich in irgendeiner Art sportlich zu betätigen. Der von Beton umgebene übergitterte düstere Spazierhof bietet sich hierfür kaum an. Anlässlich des Besuches führte die Delegation ein Gespräch mit einer Insassin, welche aufgrund ihres jungen Alters (18 Jahre alt) besonders unter dem vorhin erwähnten restriktiven Haftregime zu leiden schien.
30. **Die Kommission erachtet das Haftregime für alle Untersuchungshäftlinge als zu einschränkend und empfiehlt daher, die langen Einschlusszeiten durch das Angebot an Freizeit- und Beschäftigungsaktivitäten zu reduzieren.**

Strafvollzug in Sion

31. Trakt A ist für Insassen im regulären Strafvollzug vorgesehen. Es handelt sich dabei vorwiegend um Personen, welche entweder eine Kurzstrafe absitzen müssen oder eine Verlegung in eine andere geschlossene Einrichtung abwarten. Die Delegation traf einzelne Insassen im Strafvollzug an, die sich seit bald drei Jahren in Sion befinden.
32. In Sion werden zudem Insassen, die aus Sicherheits- oder Disziplinar Gründen aus anderen Haftanstalten, z.B. der Colonie pénitentiaire de Crêtelongue, für kürzere Perioden nach Sion verlegt werden, untergebracht.
33. Abgesehen davon, dass sich diese Insassen im Trakt A frei bewegen können (sie besitzen die Schlüssel zu ihrer Zelle), unterliegen sie denselben Einschränkungen bei den Beschäftigungsaktivitäten wie die Untersuchungshäftlinge, ausserdem können sie keinen Sport treiben. **Die Kommission ist der Meinung, dass das Haftregime für Insassen im Strafvollzug zu streng gehandhabt wird und empfiehlt daher, die Sport- sowie die Beschäftigungsmöglichkeiten auszubauen.**
34. Die Delegation hat zudem festgestellt, dass einige Insassen im Strafvollzug in den für Untersuchungshäftlinge vorgesehenen Trakten untergebracht waren. Anders als im Trakt A unterliegen diese Insassen dem gleichen Haftregime wie Insassen in Untersuchungshaft. Die Kommission ist

der Ansicht, dass ein derart strenges Haftregime für Insassen im Strafvollzug die Bewegungsmöglichkeiten zu stark einschränkt.

Ausländerrechtliche Administrativhaft in Martigny

35. Im Untersuchungsgefängnis von Martigny stehen einige Plätze für den Vollzug der ausländerrechtlichen Administrativhaft zur Verfügung. So werden Frauen beispielsweise nur in Martigny und nicht im Ausschaffungszentrum Granges untergebracht. Gemäss der gesetzlichen Anforderungen (Art. 81 AuG)⁷ und der bundesgerichtlichen Rechtsprechung sind Personen in ausländerrechtlicher Administrativhaft von anderen Personen im Strafvollzug zu trennen. Eine zellenweise Trennung wie sie in Martigny besteht, erfüllt demzufolge die bundesgerichtlichen Anforderungen nicht.
36. Hinzu kommt, dass das Haftregime für Personen in ausländerrechtlicher Administrativhaft mit dem der Untersuchungshaft absolut identisch ist und kein, wie vom Bundesgericht verlangt, abweichendes freieres Haftregime ermöglicht⁸. Somit verbringen diese Personen ebenfalls 23 Stunden in der Zelle und haben mit Ausnahme des einstündigen Spaziergangs keinen Zugang zu anderen Freizeit-, Sport-, oder Beschäftigungsmöglichkeiten.
37. **Nach Ansicht der Kommission läuft das Haftregime für Insassen in ausländerrechtlicher Administrativhaft in seiner jetzigen Ausgestaltung sämtlichen gesetzlichen Anforderungen zuwider und ist deshalb als nicht zumutbar einzustufen. Sie empfiehlt der Anstaltsleitung so rasch als möglich die Schaffung einer eigenständigen Abteilung (vgl. Ziff. 27) zu prüfen, welche die Ausgestaltung eines freieren Haftregimes ermöglicht.**
38. Der Bericht von Dr.iur. Brägger kommt seinerseits zum Schluss, dass Martigny der ideale Standort für den Vollzug der ausländerrechtlichen Administrativhaft sei. Er fügt jedoch hinzu, dass „*gewisse bauliche Veränderungen angezeigt wären, um die bundesrechtlichen Normen einhalten zu können*“⁹. Ob Martigny wirklich der ideale Standort ist, kann die Kommission an dieser Stelle nicht abschliessend beurteilen. Es steht jedoch ausser Frage, dass dringender baulicher Handlungsbedarf besteht.

f. Disziplinarregime und Sanktionen

39. Im Untersuchungsgefängnis von Sion und von Martigny stehen insgesamt acht Arrestzellen zur Verfügung, respektive sechs und zwei. Alle Zellen sind mit einer Stehtoilette/Dusche sowie mit einer Gegensprechanlage, welches ebenfalls als Radio benutzt werden kann, ausgestattet. Der Delegation fiel auf, dass der Lichteinfall in den Arrestzellen ungenügend ist.
40. Gemäss Reglement über die Strafanstalten des Kantons Wallis reichen die Disziplinar massnahmen von der Rüge über den Entzug des Spaziergangs bis zu einem Arrest von maximal 20 Tagen.

⁷ Im Rahmen der Herbstsession 2012 beschloss das Parlament Art. 81 Abs. 2 AuG wie folgt umzuformulieren: „Die Zusammenlegung mit Personen in Untersuchungshaft oder im Strafvollzug ist nach Möglichkeit zu vermeiden und darf höchstens vorübergehend und zur Überbrückung von Engpässen im Bereich der Administrativhaft angeordnet werden.“

⁸ BBl 1994 I 305 ff., BGE 134 I 92 E. 2.3.3. Siehe zudem den Bundesbeschluss zur Übernahme der EU-Rückführungsrichtlinie, AS 2010 5925.

⁹ BRÄGGER, op. cit., s. 22.

Die Delegation ist der Ansicht, dass ein Aufenthalt im Arrest 14 Tage nicht überschreiten sollte¹⁰. Weiter sieht das Reglement vor, dass vor jeder Disziplinarstrafe der Insasse mündlich oder schriftlich anzuhören ist. Der Entscheid wird dem Betroffenen schriftlich eröffnet und unterliegt einer Beschwerdefrist von zehn Tagen.

41. Im Jahr 2012 wurden in der Untersuchungshaft in Sion 25 Disziplinarmassnahmen verfügt und 137 Arresttage vollzogen. 2011 wurden 62 Arresttage angeordnet. Die Arrestanten werden drei Mal täglich vom Gesundheitsdienst besucht.
42. In der Untersuchungshaft in Martigny wurde eine Disziplinarmassnahme (zehn Tage Arrest) verfügt. Die Delegation stellte fest, dass der Gesundheitsdienst den Insassen im Arrest in Martigny nicht besucht¹¹.
43. Die Sanktionsregister für Sion und Martigny werden gemeinsam erfasst und in les Iles aufbewahrt. Bei der Kontrolle der Registerauszüge fiel der Kommission auf, dass diese unvollständig waren. So fehlten beispielsweise in einigen Dossiers die Gründe der Arrestanordnung. **Die Kommission empfiehlt der Anstaltsleitung auf eine sorgfältige Führung der Register zu achten, indem für jede Disziplinierung die Gründe, die Art der Sanktion und die Dauer aufgeführt werden.**

g. Medizinische Versorgung

44. Die ärztliche Grundversorgung ist in Sion und Martigny unter der Woche von 7.30 bis 17.30 Uhr gewährleistet. An Wochenenden und Feiertagen steht für alle Walliser Strafanstalten ein Pikettendienst zur Verfügung. Im Jahr 2013 soll das medizinische Personal um 150 Stellenprozente aufgestockt werden. Insgesamt wird das medizinische Team künftig über vier Allgemeinpraktiker, sechs Pflegefachpersonen, zwei Psychologen, einen Chefarzt Psychiatrie und eine Pflegefachfrau im Bereich der Psychiatrie verfügen. Die Insassen können sich über einen Zettel via Vollzugsangestellte für einen Termin beim Gesundheitsdienst anmelden. Der Zahnarzt kommt auf Abruf. Medizinische Dossiers der Insassen bestehen nur in Papierform. Es werden weder Spritzen noch Kondome abgegeben.
45. Der Zugang zur medizinischen Versorgung ist nicht immer optimal gewährleistet. Zum einen dauert die Zuführung jedes einzelnen Insassen zu den Ärzten aufgrund des Personalmangels zu lange. Zum anderen stehen dem medizinischen- sowie dem psychiatrischen Dienst zu wenige Räume zur Verfügung. Im Untersuchungsgefängnis von Sion ist nur ein Behandlungszimmer vorhanden; in demjenigen von Martigny fehlt ein solches gänzlich. Die medizinischen Untersuchungen erfolgen daher in den Zellen und die psychiatrischen Visiten in den Gesprächsräumen. Der Bericht von Dr.iur. Brägger hatte bereits festgehalten, dass „die in den Insassenzellen praktizierten medizinischen Konsultationen weder den gängigen Standards entsprechen noch die Gewährung des gesetzlich vorgeschriebenen Arztgeheimnisses erlauben.“ Daher empfahl er, einen abge-

¹⁰ Gemäss Standards der NKVF sollte der Aufenthalt im Arrest 14 Tage nicht überschreiten, <<http://www.nkvf.admin.ch/content/nkvf/de/home/themen/standards.html>>.

¹¹ Gemäss Standards der NKVF soll der Gesundheitsdienst unverzüglich über den Arrest informiert werden. Ein Arzt oder ein Krankenpfleger stattet dem Insassen täglich einen Besuch ab. Siehe zudem Europäische Strafvollzugsgrundsätze, 2006, Ziff. 411, <http://www.ejpd.admin.ch/content/dam/data/sicherheit/straf_und_massnahmen/documentation/empfehlung-europarat-d.pdf>.

trennten Bereich für die medizinischen Untersuchungen und Behandlungen einzurichten. **Die Kommission schliesst sich dieser Empfehlung an und ist der Ansicht, dass ein solcher Bereich innert nützlicher Frist geschaffen werden sollte. Sie wünscht über die Umsetzung dieser Empfehlung orientiert zu werden. Anlässlich des Feedbackgesprächs wurde ihr mitgeteilt, dass diese Empfehlung bereits umgesetzt wurde, was die Kommission sehr begrüsst.**

46. In medizinischen Notfällen werden Insassen in den Spitälern von Sion beziehungsweise von Martigny untergebracht; die psychiatrische Einrichtung in Malvaux steht für psychiatrische Notfälle zur Verfügung. Während des Transports werden die Insassen systematisch in Handschellen gelegt, was gemäss Angaben von Insassen als erniedrigend empfunden wird. **Die Kommission ist der Ansicht, dass diese polizeiliche Vorschrift zu streng gehandhabt ist und empfiehlt, die Benutzung von Handschellen nur auf Fälle von erhöhter Gefahr zu beschränken.**
47. In beiden Untersuchungsgefängnissen erfolgt die Vorbereitung der Medikamente durch das Pflegepersonal, die Verteilung, inklusive die des Methadons, durch das Vollzugspersonal.
48. Der Delegation wurde von früheren Insassen mitgeteilt, dass in Sion auch einfache medizinische Dienstleistungen, wie die tägliche Abgabe von Medikamenten, für Insassen mit Krankenkassendeckung kostenpflichtig sind. Auch wenn sich herausstellen sollte, dass diese Praxis den strengen Kriterien der Krankenkassen genügt, sollten die Insassen über diese Praxis orientiert werden und darüber, dass sie einen zusätzlichen Selbstbehalt bezahlen müssen.
49. Neben dem Behandlungszimmer im Untersuchungsgefängnis von Sion befindet sich ein kleiner Warteraum mit Gittertüre. Der Delegation wurde berichtet, dass jeweils drei bis vier Insassen, welche sich für einen Arzttermin angemeldet haben, darin warten müssen. Die Kommission erachtet diesen kleinen Raum für eine längere Wartezeit als 15 Minuten und für mehr als eine Person als ungeeignet.
50. Die Kommission konnte feststellen, dass die Kommunikation zwischen dem medizinischen Personal und den Vollzugsangestellten sehr gut funktioniert. Dagegen erfolgt der Informationsaustausch zwischen dem deutschsprachigen Gesundheitsdienst im Oberwallis und demjenigen im französischsprachigen Teil des Kantons nur bedingt gut und mitunter gar nicht. Bei der Kontrolle der medizinischen Akten ist der Kommission der Fall eines Insassen aufgefallen, welcher von Brig nach Sion verlegt wurde. Dabei wurde die Information, dass der Insasse hoch suizidal ist, dem medizinischen Personal in Sion nicht weitergeleitet. **Die Kommission ist der Ansicht, dass in diesem Bereich noch grosses Verbesserungspotential vorhanden ist und empfiehlt, entsprechende Massnahmen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den zwei Diensten einzuleiten.**
51. Der Delegation wurde zugetragen, dass im UG Sion teils suizidale Personen mit anderen Insassen in eine Zelle verlegt werden. **Die Kommission ist der Ansicht, dass diese Praxis nur dann durchzuführen ist, wenn der Mitgefangene vorgängig informiert wird und er damit einverstanden ist. Für die Fälle, in welcher ausschliesslich eine alleinige Unterbringung in Frage kommt, empfiehlt sie, die Schaffung einer Überwachungszelle zu prüfen.**

h. Information an die Insassen

52. Beim Eintritt in beide Untersuchungsgefängnisse wird den Insassen das Reglement über die Strafanstalten des Kantons Wallis und ein sehr kurzes Informationsblatt abgegeben. Die Kommission ist der Ansicht, dass damit die Information an die Insassen nur ungenügend gewährleistet wird. Das Informationsblatt steht zwar in mehreren Sprachen zur Verfügung, ist jedoch zu kurz gefasst – so fehlen zum Beispiel Informationen zu Sanktionen und Disziplinar massnahmen. Beim Reglement handelt es sich um einen mehr als 20 seitigen komplizierten Gesetzestext, welcher zudem nur auf Deutsch und Französisch verfügbar ist. **Die Kommission empfiehlt daher, eine klare und einfache Hausordnung zu erlassen und diese in mehrere ausländische Sprachen übersetzen zu lassen.**

i. Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten

53. Im Untersuchungsgefängnis Sion stehen insgesamt fünfzehn Arbeitsplätze zur Verfügung, welche sich in vier Arbeitswerkstätten (Waschküche, Druckerei, Küche und Putzdienst) aufteilen. Der Arbeitseinsatz pro Insassen beträgt ungefähr vier Stunden am Tag. Insassen haben nur beschränkten Zugang zu Sprachkursen. Computer- sowie Bildungskurse sind nicht vorhanden, was sich insbesondere für Insassen im Strafvollzug nachteilig auswirkt. **Die Kommission empfiehlt, das Beschäftigungsangebot auszubauen und ein breiteres Kursangebot sicherzustellen.**
54. Im Untersuchungsgefängnis Martigny verfügen die Insassen weder über Beschäftigungs- noch über Weiterbildungsmöglichkeiten. **Die Kommission empfiehlt die Schaffung eines geeigneten Beschäftigungsangebots prioritär anzugehen und den Insassen nach Möglichkeit Zugang zu Sprachkursen zu gewährleisten.**

j. Kontakte mit der Aussenwelt

55. In beiden Anstalten können die Insassen einmal pro Woche für 30 Minuten Besuch empfangen; für Besucher aus anderen Kantonen, gilt eine Besuchszeit von einer Stunde.
56. In Sion sind neben Besuchszimmern auch Anwaltszimmer vorhanden. Anlässlich des Besuches fiel der Delegation auf, dass diese Zimmer nicht schalldicht sind. Die Besuchszimmer sind mit einer Trennscheibe versehen. Zahlreiche Insassen haben sich bei der Delegation beschwert, dass sie aufgrund der Trennscheibe ihre Kinder nicht in die Arme nehmen könnten.
57. In Martigny gab es zwei Besuchszimmer mit Trennscheiben. Personen in ausländerrechtlicher Administrativhaft in Martigny können zweimal pro Woche während einer Stunde Besuch empfangen. Auch hier finden die Besuche jedoch nur über die Trennscheibe statt. **Die Kommission ist der Meinung, dass die Besuche für Insassen in Administrativhaft ohne Trennscheibe zu erfolgen haben; für Haftlinge anderer Haftformen sollte die Möglichkeit gegeben sein, Besuche auch ohne Trennscheibe durchzuführen. Dies könnte beispielsweise durch eine versenk- oder hochziehbare Trennscheibe im Besucherzimmer gewährleistet werden.**
58. Gemäss Reglement über die Strafanstalten des Kantons Wallis können Insassen sechsmal im Jahr Pakete erhalten; das Gewicht pro Paket darf vier Kilo nicht überschreiten. Zudem hält das Regle-

ment fest, dass der Briefverkehr grundsätzlich keiner Einschränkung unterliegt. Gemäss Reglement können Untersuchungshäftlingen nur auf Genehmigung der Staatsanwaltschaft telefonieren.

59. In Sion stehen keine zugänglichen Telefonapparate in den Trakten zur Verfügung. Für die Häftlinge im Strafvollzug ist somit der Zugang zum Telefon gesperrt, was aus Sicht der Kommission einer zu strengen Einschränkung gleichkommt. Der Delegation wurde jedoch mitgeteilt, dass in der für den Strafvollzug bestimmten Abteilung (Trakt A) die Installation einer Telefonkabine vorgesehen ist, welche sie künftig mittels einer Telefonkarte frei benutzen können. Anlässlich des Feedbackgesprächs nahm die Kommission zur Kenntnis, dass die Telefonkabine bereits seit Ende März 2013 den Insassen des Traktes A zur Verfügung steht und mit einem Schallschutz ausgestattet ist.
60. In Martigny steht für InsassInnen in ausländerrechtlichen Administrativhaft ein Telefon zur Verfügung. Dieses befindet sich jedoch im Treppenhaus, was jegliche Privatsphäre verhindert. **Die Kommission empfiehlt daher, einen Schallschutz einzurichten.**
61. Ein katholischer und ein protestantischer Seelsorger besuchen die Haftanstalten von Sion und Martigny regelmässig. Sie haben freien Zugang zu den InsassInnen, können jedoch die vorhandene Infrastruktur (Kapelle in Sion und grosser Aufenthaltsraum in Martigny) wegen dem dauernden Personalmangel nur ungenügend nutzen. Die Anwaltsbesprechungsräume genügen den Ansprüchen an eine professionelle seelsorgerische Arbeit nicht. Im Gegensatz zur katholischen ist die protestantische Seelsorgetätigkeit nur teilweise vom Kanton getragen.

k. Sozialdienst

62. Zurzeit ist der Sozialdienst der Walliser Anstalt „Colonie pénitentiaire“ in Crêtelongue für die soziale Betreuung zuständig. In der Praxis jedoch ist dieser Dienst in den Gefängnissen von Sion und Martigny aufgrund des Personalmangels kaum präsent. Der Sozialdienst besteht insgesamt aus zwei Stellen (ein Pensum von insgesamt 150%). Mit einer solchen Unterdotierung ist es dem Dienst kaum möglich seine Aufgaben in den verschiedenen Anstalten wahrzunehmen. Wie es der Delegation anlässlich der Visite mitgeteilt wurde, müssen andere im Gefängnis tätige Akteure, wie Ärzte oder der Seelsorger, Aufgaben des Sozialdiensts vorübergehend übernehmen. Zudem ist zu erwähnen, dass ab 2013, mit der Eingliederung des Ausschaffungszentrums LMC Granges in den Walliser Strafanstalten, der Sozialdienst von Crêtelongue auch für diese Anstalt zuständig sein wird. **Die Kommission empfiehlt daher, die nötigen Schritte einzuleiten, um das Personal beim Sozialdienst aufzustocken.**

l. Management

63. Die Leitung der Walliser Untersuchungsgefängnissen ist seit Juli 2012 neu besetzt; die Stelle war während einem Jahr vakant. Der neue Leiter pflegt einen guten Umgang mit Insassen und dem Personal. So nimmt er häufig am Debriefing des Wachpersonals teil, das zweimal pro Tag im Gefängnis „Les Iles“ stattfindet. Ein Eintrittsgespräch kann offenbar nicht mit jedem neuen Insassen durchgeführt werden.

64. Der Leiter des UG Martigny teilte der Delegation mit, dass ein Prozess zur Harmonisierung der bestehenden Notfallplanungen der beiden Gefängnisse am Laufen sei. **Die Kommission wünscht, über dessen Ergebnis informiert werden.**
65. Beide Gefängnisse weisen einen hohen Sicherheitsstandard auf. Sie wurden in den letzten Jahren sicherheitstechnisch auf den neuesten Stand gebracht und aufgerüstet. Ohne diese Vorkehrungen wäre die Sicherheit mit solch knappem Personal nicht zu gewährleisten.

m. Personal

66. Beide Anstalten sind personell stark unterdotiert. Bereits der Bericht von Dr.iur. Brägger verwies bereits auf diesen Zustand und kam zum Schluss dass eine „bedeutende Personalaufstockung als angezeigt erscheint“. In den Untersuchungsgefängnissen von Sion und Martigny beträgt das Verhältnis zwischen Personal und Insassen 1:4.
67. Die Durchführung von Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten ist dadurch stark eingeschränkt und der Zugang zum medizinischen Dienst erschwert. Der Personalmangel birgt auch Gefahren bezüglich Sicherheit. Nachts und an Wochenenden ist das Personal mit einem (Martigny) respektive zwei (Sion) Vollzugsangestellten vertreten. Bei Feuer darf der Vollzugsangestellte aufgrund des Personalmangels die Zellentür nicht vor Ankunft der Polizei öffnen.
68. Das Personal arbeitet unter schwierigen Bedingungen: Die Belastung am Arbeitsplatz ist gross; bei Unfall- oder krankheitsbedingter Abwesenheit von Vollzugsangestellten muss das bestehende Personal Überstunden leisten. Zudem müssen Aufgaben übernommen werden, welche normalerweise nicht in den Zuständigkeitsbereich des Vollzugspersonals fallen sollten, wie zum Beispiel das Erledigen der Buchhaltung oder das Waschen der schmutzigen Wäsche. Der grosse Einsatz des Personals wurde von allen Insassen gelobt und verdient grosse Anerkennung. **Die Kommission ist der Ansicht, dass der aktuelle Personalbestand ungenügend ist und empfiehlt dringend, die Aufstockung des Personals in beiden Anstalten prioritär anzugehen.**
69. Der Kommission wurde mitgeteilt, dass sich das Personal brieflich an den Regierungsrat gewandt hatte, um auf diese inakzeptablen Zustände aufmerksam zu machen. Offenbar blieb der Brief bislang unbeantwortet. **Die Kommission wünscht, über die Antwort der Regierungsrat und allenfalls über eingeleitete Massnahme orientiert zu werden.**
70. Letztlich ist die Teilnahme an Weiterbildungen und Kursen sehr erschwert, dies obwohl praktisch alle Vollzugsangestellten im Sicherheitsbereich den Grundkurs in Fribourg absolviert haben. **Die Kommission ist der Ansicht, dass das Weiterbildungsangebot in beiden Gefängnissen ausgebaut und externe Supervision angeboten werden sollte.**

III. Zusammenfassung

71. Die Kommission traf grundsätzlich korrekte Verhältnisse sowie geordnete Abläufe an. Generell ist die Kommission der Ansicht, dass die Sicherheitsvorkehrungen in beiden Anstalten teilweise übertrieben sind. Insbesondere beanstandet die Kommission aber die Vermischung der Haftre-

gime, welche insbesondere für Personen im Strafvollzug und in ausländerrechtlicher Administrativhaft zu einer übermässigen Einschränkung der Bewegungsfreiheit führen. Hinzu kommt, dass sich die Personalknappheit abträglich auf die Betreuung der Insassen auswirkt, deren Bewegungsfreiheit dadurch noch zusätzlich eingeschränkt wird. Obwohl die Arbeitsbedingungen aufgrund des Personalmangels sehr schwierig sind, traf die Delegation motiviertes Personal an. Im Rahmen der Umstrukturierung sollte diesen Umständen besonders Rechnung getragen werden.

IV. Synthese der Empfehlungen

Misshandlungen und/oder erniedrigende Behandlungen

72. Bezüglich des Vorwurfes der Fremdenfeindlichkeit gegenüber einzelnen Insassen im Untersuchungsgefängnis von Martigny, wünscht die Kommission über das weitere Vorgehen und gegebenenfalls über die eingeleiteten Massnahmen informiert zu werden. Anlässlich des Feedbackgesprächs nahm die Kommission zur Kenntnis, dass eine interne Abklärung stattgefunden hat. Sie wurde über deren Ergebnis informiert.

Körperdurchsuchungen

73. Die Kommission ist der Ansicht, dass die im Reglement festgehaltene Anweisung zur zweiphasigen Körperdurchsuchung systematisch zur Anwendung kommen sollte und empfiehlt zudem von der Praxis des Bückens des Körpers nach vorne ganz abzusehen. Nicht nur wird dieses Verfahren von vielen Insassen als erniedrigend empfunden, sie ist zudem für die Sicherstellung von unerlaubten Gegenständen im oder am Körper in aller Regel kaum zielführend.

Materielle Haftbedingungen in Martigny

74. Die Kommission ist der Ansicht, dass das Angebot an Bewegungsmöglichkeiten auszubauen ist.

Haftregime

75. Die Kommission erachtet das Haftregime für Untersuchungshäftlinge in Sion und in Martigny als zu einschränkend und empfiehlt daher, die langen Einschlusszeiten durch das Angebot an Freizeit- und Beschäftigungsaktivitäten zu reduzieren.
76. Die Kommission ist der Meinung, dass das Haftregime für Insassen im Strafvollzug im Gefängnis von Sion zu streng und nur für sehr kurze Zeit akzeptabel ist. Zur Lockerung des strengen Haftregimes empfiehlt die Kommission Sport- sowie die Beschäftigungsmöglichkeiten zu ermöglichen, resp. auszubauen.
77. Nach Ansicht der Kommission läuft das Haftregime für Insassen in ausländerrechtlicher Administrativhaft in Martigny in seiner jetzigen Ausgestaltung sämtlichen gesetzlichen Anforderungen zuwider und ist deshalb als nicht zumutbar einzustufen. Sie empfiehlt der Anstaltsleitung so rasch als möglich die Schaffung einer eigenständigen Abteilung (vgl. Ziff. 27) zu prüfen, welche die Ausgestaltung eines freieren Haftregimes ermöglicht.

Disziplinarregime und Sanktionen

78. Die Kommission empfiehlt der Anstaltsleitung auf eine sorgfältige Führung der Register zu achten, indem für jede Disziplinierung die Gründe, die Art der Sanktion und die Dauer aufgeführt werden.

Medizinische Versorgung

79. Die Kommission ist der Ansicht, dass in Martigny ein Behandlungszimmer geschaffen werden sollte und wünscht über die Umsetzung dieser Empfehlung orientiert zu werden. Anlässlich des Feedbackgesprächs nahm die Kommission zur Kenntnis, dass die Empfehlung umgesetzt wurde.
80. Die Kommission ist der Ansicht, dass im Bereich der Kommunikation zwischen dem deutsch- und französischsprachigen Gesundheitsdienst noch grosses Verbesserungspotential vorhanden ist und empfiehlt, entsprechende Massnahmen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den zwei Diensten einzuleiten.
81. Die Kommission ist der Ansicht, dass die polizeiliche Vorschrift, die Benutzung von Handschellen beim Transport von Insassen bei externen Arztbesuchen, zu streng gehandhabt ist und empfiehlt, die Benutzung von Handschellen nur auf Fälle von erhöhter Risikogefahr zu beschränken.
82. Der Delegation wurde zugetragen, dass im Untersuchungsgefängnis in Sion teils suizidale Personen mit anderen Insassen in eine Zelle verlegt werden. Die Kommission ist der Ansicht, dass diese Praxis nur dann durchzuführen ist, wenn der Mitgefangene vorgängig informiert wird und er damit einverstanden ist. Für die Fälle, in welcher ausschliesslich eine alleinige Unterbringung in Frage kommt, empfiehlt sie, die Schaffung einer Überwachungszelle zu prüfen.

Information an die Insassen

83. Die Kommission empfiehlt, eine klare und einfache Hausordnung zu erlassen und diese in mehrere ausländische Sprachen übersetzen zu lassen.

Freizeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten

84. Die Kommission empfiehlt, das Beschäftigungsangebot im Gefängnis in Sion auszubauen und ein breiteres Kursangebot sicherzustellen.
85. Die Kommission empfiehlt die Schaffung eines geeigneten Beschäftigungsangebots in Martigny prioritär anzugehen und den Insassen nach Möglichkeit Zugang zu Sprachkursen zu gewährleisten.

Kontakte mit der Aussenwelt

86. Die Kommission ist der Meinung, dass die Besuche für Insassen in Administrativhaft ohne Trennscheibe zu erfolgen haben; für Haftlinge anderer Haftformen sollte die Möglichkeit gegeben sein, Besuche auch ohne Trennscheibe durchzuführen. Dies könnte beispielsweise durch eine versenk- oder hochziehbare Trennscheibe im Besucherzimmer gewährleistet werden.
87. In Martigny befindet sich das zur Verfügung stehende Telefon im Treppenhaus, was jegliche Privatsphäre verhindert. Die Kommission empfiehlt daher, einen Schallschutz einzurichten.

Sozialdienst

88. Die Kommission empfiehlt, die nötigen Schritte einzuleiten, um das Personal beim Sozialdienst aufzustocken.

Personal

89. Die Kommission ist der Ansicht, dass der aktuelle Personalbestand ungenügend ist und empfiehlt dringend, die Aufstockung des Personals in beiden Anstalten prioritär anzugehen.
90. Die Kommission ist der Ansicht, dass das Weiterbildungsangebot in beiden Gefängnissen ausgebaut und externe Supervision angeboten werden sollte.

Für die Kommission:



Jean-Pierre Restellini,
Präsident der NKVF



Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

Monsieur
Jean-Pierre Restellini
Président de la Commission nationale
de prévention de la torture
Bundesrain 20
3003 Berne

Date 05. Aug. 2013

Prise de position et informations du Conseil d'Etat concernant les rapports de la CNPT du 6 juin 2013 et du 11 janvier 2011

Monsieur le Président,

Entre le 27 et le 29 novembre 2012, la Commission nationale de prévention de la torture (CNPT) a visité les établissements de détention de Sion et de Martigny ainsi que le centre LMC de Granges. Les rapports finaux concernant ces visites ont été communiqués au Conseil d'Etat en date du 6 juin 2013. En date du 24 juin 2013, la CNPT a par ailleurs demandé à être informée de l'état de mise en œuvre des recommandations qu'elle avait formulées dans ses rapports du 11 janvier 2011 concernant le centre LMC de Granges et concernant la prison de Brig.

La prise de position du Conseil d'Etat concernant les rapports du 6 juin 2013 ainsi que les informations utiles concernant le suivi des rapports du 11 janvier 2011 sont communiquées ci-après.

Remarques liminaires

Comme relevé dans les deux rapports de la CNPT du 6 juin 2013, une importante restructuration des établissements de détention valaisans est en cours. Les différentes étapes du **processus de réorganisation des structures de détention** visent à mettre en œuvre les recommandations émises par les autorités de surveillance, en particulier celles formulées par la CNPT. Le plan de restructuration rendu public par le Gouvernement en octobre 2012 reprend très largement les propositions figurant dans le rapport d'audit de septembre 2011 concernant l'organisation des prisons valaisannes. Il prévoit notamment de concentrer toute la détention administrative sur un seul et même site et de concentrer sur l'établissement de Sion toute la détention avant jugement du Valais romand et à Brigue la détention avant jugement du Haut-Valais. Une séparation plus claire des différents types et régimes de détention (détention administrative LMC, détention avant jugement, exécution des peines et des mesures pénales) est ainsi planifiée. Dans la cadre de la réorganisation, il est prévu de pallier les carences constatées notamment en complétant et en améliorant les offres proposées aux détenus, soit les offres pour les occupations, pour les cours ou pour les loisirs. Toutefois, la séparation des régimes et l'amélioration des offres ne pourront être effectives qu'après la réalisation de certaines adaptations des bâtiments et surtout après l'allocation des ressources humaines correspondantes. En effet, tant les rapports de 2012 que l'audit de 2011 ont relevé un cruel **manque de personnel** dans tous les établissements.

S'agissant de la **médecine pénitentiaire**, une convention-cadre entre d'une part les départements en charge de la sécurité et de la santé et, d'autre part, l'Hôpital du Valais (Réseau Santé Valais) est en cours de finalisation et devrait être signée à l'automne 2013 pour entrer en vigueur au début 2014. Cette convention-cadre est complétée par trois contrats de prestations qui sont eux-aussi en voie de finalisation. Cet accord permettra d'améliorer la prise en charge médicale des personnes condamnées et de rationaliser la gestion administrative de la médecine pénitentiaire, en particulier en ce qui concerne les procédures de recouvrement des frais médicaux.



La commission a relevé à plusieurs reprises un manque d'**activités physiques ou sportives**. Si les offres existantes peuvent certes être complétées, il est rappelé que les activités physiques et sportives prévues dans les différents régimes de détention des établissements visités satisfont aux standards minimaux européens.

Le Conseil d'Etat est très sensible aux **conditions dans lesquelles s'exercent les visites de la CNPT**. Il se réjouit de constater qu'à l'occasion de sa deuxième visite en Valais, la commission a pu à nouveau relever dans son rapport la pleine coopération et le bon accueil qui lui a été réservé par la direction et par les collaborateurs des établissements visités.

En complément à ces remarques liminaires, le Conseil d'Etat prend position comme suit sur les points suivants relevés dans les rapports de la CNPT.

Rapport du 6 juin 2013 concernant les établissements de Sion et de Martigny

Ad n° 73. Fouilles corporelles : La commission estime que la procédure en deux phases décrite dans le règlement devrait être appliquée systématiquement et recommande par ailleurs de renoncer entièrement à exiger des détenus qu'ils se penchent en avant. Non seulement cette pratique est perçue par nombre de détenus comme étant dégradante, mais elle n'est aussi guère efficace pour trouver des objets non autorisés cachés sur ou dans le corps.

Commentaire : L'ordre de service du 25 mai 2012 concernant la fouille de personne est obligatoire pour tous les établissements. Il précise ce qui suit au sujet de la fouille en deux phases (cf. ch. 5, p. 2) « *La fouille doit s'effectuer en deux phases (...) de manière à ce que le pensionnaire ne soit pas obligé de se mettre complètement nu en présence du personnel pénitentiaire* ». Au sujet de l'examen visuel des parties intimes, l'ordre de service (cf. ch. 5, p. 2) prévoit que : « *le collaborateur peut, selon les cas, renoncer à l'examen visuel des parties intimes en permettant au pensionnaire de tenir un linge lorsqu'il baisse ou enlève son slip* ». Les responsables des établissements ont été informés de la recommandation de la CNPT concernant ce point précis. Il leur appartient de faire respecter cette recommandation lors des fouilles corporelles.

Ad n° 74. Conditions matérielles de détention à la prison préventive de Martigny : La commission est d'avis qu'il faut développer les possibilités d'activité physique.

Commentaire : A moyen ou long terme, la prison de Martigny va être réaffectée et ne devrait, en principe, plus accueillir des personnes en détention avant jugement. Pour cette raison, il n'est pas judicieux de prévoir des investissements conséquents tels la création d'une salle de fitness ou l'équipement de la cour de promenade en infrastructures sportives. Cependant, afin d'améliorer les conditions de détention à bref délai, la prison a fait l'acquisition d'un ballon qui est depuis peu mis à disposition des détenus durant la promenade. Afin de compléter cette offre, il est prévu d'étudier encore d'autres possibilités de sport ou de distractions durant la promenade.

Ad n° 75. Régimes de détention : La commission estime que le régime de détention est trop strict pour toutes les personnes en détention avant jugement, tant à Sion qu'à Martigny, et recommande de réduire les longues heures d'enfermement en cellule en développant les possibilités de loisirs et d'occupation.

Commentaire : L'insuffisance de personnel, relevée tant par l'audit externe de 2011 que par la CNPT, combinée avec le taux d'occupation actuel frisant les 100% ne permettent pas pour l'heure d'offrir davantage de loisirs ou d'occupations. Toutefois, lorsque les premières mesures de restructuration seront réalisées et pour autant que les ressources humaines correspondantes soient allouées, il sera possible d'améliorer l'offre en matière de loisirs et d'occupation dans les établissements de Sion et de Martigny. Par exemple en équipant les cours de promenade d'accessoires pour les loisirs. L'offre en matière d'occupation sera améliorée par la création d'un atelier supplémentaire à Sion destinées aux personnes en attente de placement. Cette nouvelle infrastructure permettra d'attribuer aux personnes en détention avant jugement davantage de places dans les ateliers existants. Il est également rappelé que le standard européen prescrivant un minimum d'une heure de promenade quotidienne en plein air est respecté.

Ad n° 76. Régimes de détention : Pour la CNPT, le régime de détention appliqué aux détenus en exécution de peine à Sion est trop strict et n'est acceptable que pour une courte période. Elle recommande de développer les offres d'occupation et les possibilités d'avoir une activité sportive.

Commentaire : Les personnes en exécution de peine actuellement à la prison de Sion sont des personnes qui purgent une peine inférieure à 12 mois. Il est important de rappeler que la très grande majorité des personnes en exécution de peine à Sion bénéficie d'allègements (p.ex. congés) ou de régimes spéciaux (travail externe, semi-détention). Toutefois, pour les personnes dites « *en attente de placement* » et pour les rares personnes ne pouvant pas bénéficier d'allègements ou d'un régime spécial, contraintes de rester à Sion durant plusieurs mois, il est impératif de développer les offres existantes d'occupations et d'activités sportives. Les travaux projetés dans l'établissement incluent la création d'un nouvel atelier destiné aux personnes en attente de placement. Toutefois, les personnes concernées ne pourront bénéficier de ces améliorations qu'une fois les travaux terminés et pour autant que les ressources humaines correspondantes soient allouées.

Ad n° 77. Régimes de détention : A Martigny, le régime appliqué aux personnes en détention administrative en vertu du droit des étrangers est contraire à toutes les dispositions légales pertinentes et n'est dès lors pas acceptable. La commission recommande à la direction de l'établissement d'examiner au plus vite la possibilité de créer une section distincte permettant l'application d'un régime plus souple.

Commentaire : Il est vrai que l'établissement de Martigny a de la difficulté à mettre en œuvre les prescriptions de l'article 81 al. 2 LETr qui prescrit une séparation stricte des détenus LMC d'avec les personnes en détention avant jugement ainsi que la mise à disposition « *dans la mesure du possible* » d'une offre d'occupation. En temps normal, toutes les cellules du rez-de-chaussée sont affectées à la détention LMC d'hommes majeurs. A l'étage, une aile est affectée à la détention avant jugement pour les hommes et l'autre aile est affectée à la détention des femmes. Les situations problématiques concernent principalement l'aile dévolue aux femmes, dans laquelle il peut arriver que certaines cellules soient occupées par des détenues LMC alors que d'autres cellules sont occupées par des détenues avant jugement. Toutefois, dans ce genre de situation, les promenades sont, si nécessaire, effectuées à des heures différentes pour les deux régimes. Il arrive également – et c'était également le cas lors de la visite de la CNPT – qu'à l'étage réservé à la détention LMC des hommes, une ou l'autre cellule soit mise à disposition pour la détention avant jugement des hommes, ce qui est le cas lorsque tous les établissements de détention avant jugement sont pleins et que la police procède à des arrestations. Il est également exact que les détenus LMC ne disposent pas de locaux communs hormis la cour de promenade et qu'aucune occupation n'est proposée hors des cellules. Le processus de réorganisation des structures de détention palliera progressivement ces carences. Une première étape a été franchie suite au rattachement au sein du service de l'application des peines et mesures au début de l'année de toute la détention LMC. Le responsable du centre LMC de Granges a ainsi été affecté partiellement à Martigny avec la mission d'harmoniser les conditions de la détention LMC à Martigny avec celles du centre LMC de Granges.

Cependant, il est exagéré d'affirmer que les conditions de la détention LMC à Martigny sont contraires à toutes les dispositions légales pertinentes. En effet, les prescriptions de l'article 81 al. 1 et al. 3 LETr sont totalement respectées. Le droit de s'entretenir et de correspondre avec son mandataire, avec sa famille ou avec son consulat peut être exercé par chaque détenu LMC. Une cabine téléphonique a été installée dans l'établissement à cet effet. De plus, comme l'exige la loi, la forme de détention tient compte des besoins des personnes à protéger ; en effet, les personnes souffrant de troubles psychiques graves ne sont pas admises et sont placées en principe en hôpital psychiatrique. Enfin, il faut rappeler que les familles et les mineurs ne sont pas admis à Martigny. Lorsqu'une famille doit être expulsée, en principe, seul le père est placé en détention administrative.

Ad n° 83. Information aux détenus : La commission recommande l'adoption d'un règlement intérieur simple et précis, que les établissements veilleront à traduire en plusieurs langues.

Commentaire : Le Conseil d'Etat a pris acte du fait que la Commission considère que les documents mis à disposition des détenus à Sion et à Martigny, soit la brochure d'information en 6 langues propre à chaque établissement ainsi que le Règlement sur les établissements de détention (disponible pour l'heure seulement dans les deux langues officielles du canton), ne sont pas suffisamment simples et précis. Le Conseil d'Etat a décidé de remplacer le règlement sur les établissements de détention à compter du 1^{er} janvier 2014 entre autres par une ordonnance sur les

droits et les devoirs des détenus. Cette ordonnance, qui s'inspire très largement des Règles pénitentiaires européennes et des recommandations du CPT et de la CNPT, constituera un document à la fois plus simple et plus précis. Le Conseil d'Etat a pris note de la demande de la Commission de le traduire en plusieurs langues.

Ad n° 86. Contacts avec le monde extérieur : La commission estime que les personnes placées en détention administrative doivent pouvoir recevoir des visites dans des pièces sans vitres de séparation. Cette possibilité devrait aussi exister pour les personnes astreintes à d'autres régimes de détention. Il suffirait par exemple d'équiper les parloirs de vitres de séparation escamotables.

Commentaire : Depuis le début de l'année 2013, le responsable du centre LMC de Granges a été affecté partiellement à Martigny avec la mission d'harmoniser les conditions de la détention LMC à Martigny avec celles pratiquées au centre LMC de Granges. A Granges, les visites s'effectuent dans des locaux non pourvus d'une vitre de séparation. A Martigny, il existe également un parloir non séparé par une vitre destiné aux visites des avocats et des aumôniers. Ce parloir est mis à disposition pour les visites des détenus LMC. Par ailleurs, étant donné que ce parloir est très utilisé, un projet est à l'étude pour affecter aux visites LMC un autre local, dépourvu de vitre de séparation. En revanche, s'agissant des personnes en détention avant jugement, pour des raisons de sécurité, les visites des proches autorisées par la direction de la procédure, n'ont lieu en principe que dans les parloirs séparés.

Ad n° 87. Contacts avec le monde extérieur : A Martigny, le téléphone à la disposition des détenus est placé dans la cage d'escalier, si bien que le respect de la sphère privée n'est pas garanti. Il y a donc lieu d'installer un dispositif d'isolation phonique.

Commentaire : L'installation d'un dispositif d'isolation phonique bulle de *Plexiglas* a été étudiée mais en raison de l'exiguïté de la cage d'escalier aucune solution dans ce sens n'a pu être trouvée. Il est précisé que lorsqu'un détenu utilise le téléphone mural, les trois portes d'accès à l'escalier sont fermées de sorte qu'aucun détenu ou aucun membre du personnel ne peut entendre la conversation. Il est possible toutefois, qu'un membre du personnel doive emprunter l'escalier et passer à côté du détenu alors que ce dernier est au téléphone. Il ne saurait s'agir là d'une limitation excessive du droit à la vie privée des détenus. Il est également rappelé qu'à terme, la prison de Martigny sera réaffectée et qu'à cette occasion, il sera remédié à cette situation.

Ad n° 88. Service social : La CNPT recommande de prendre les mesures qui s'imposent pour renforcer les effectifs du service social ; et **ad n° 89. Personnel :** La Commission estime que les effectifs actuels sont insuffisants et recommande instamment de s'attaquer de manière prioritaire à ce problème dans les deux établissements.

Commentaire : Tant le rapport de la CNPT que l'audit de 2011 ont mis en exergue le manque cruel de personnel dans toutes les unités organisationnelles du service de l'application des peines et mesures. A chaque étape du processus de restructuration actuellement en cours, il est prévu que les effectifs des unités soient renforcés. En 2013, l'effectif a été renforcé de 6 EPT (équivalents plein temps). D'autres demandes concernant les ressources humaines vont être traitées dans le futur.

Rapport du 6 juin 2013 concernant la visite de suivi inopinée au centre LMC de Granges

Remarques générales

Le Conseil d'Etat relève qu'à l'occasion de sa deuxième visite au Centre LMC de Granges, la Commission a pu constater qu'une partie des recommandations formulées en 2010 ont été suivies d'effets. Ces dernières concernaient l'examen médical d'entrée, l'exactitude des traductions du règlement intérieur, la remise sur demande d'une traduction de l'ordonnance d'exécution de la loi d'application de la loi fédérale sur les mesures de contrainte en matière de droit des étrangers (OLALMC), l'intégration de l'information sur les droits du détenu dans le masque d'interrogatoire de la police, ainsi que l'information suffisante concernant les mesures disciplinaires et les voies de recours. S'agissant des recommandations qui n'ont pas été suivies d'effets, le Conseil d'Etat prend position comme suit sur les points relevés dans le rapport.

Ad n° 9. Mauvais traitements : Lors des visites médicales externes, il est recommandé d'examiner au cas par cas, sous l'angle de la proportionnalité et du risque concret de fuite, la nécessité de ligoter les détenus.

Commentaire : C'est la Police cantonale qui est chargée de convoier les détenus LMC lors des visites médicales externes. Il s'agit essentiellement de rendez-vous chez le dentiste de référence de l'établissement ou encore chez un médecin spécialiste sur indication du médecin généraliste de l'établissement. On dénombre en moyenne de 20 à 30 conduites de ce type par année. Etant donné que le risque de fuite est toujours présent s'agissant d'une personne détenue administrativement en vue de l'expulsion, les agents de la Police cantonale doivent effectuer une appréciation de la situation qui les conduit dans la plupart des cas à décider de faire usage des menottes. Ils doivent cependant porter une attention toute particulière lorsqu'il s'agit de femmes, de personnes âgées ou handicapées. Un examen au cas par cas, sous l'angle de la proportionnalité est ainsi effectué. De plus, la pratique policière permet que les menottes soient placées aux pieds, de façon à être moins visibles. Il est précisé enfin que suite au rattachement de toute la détention LMC au service de l'application des peines et mesures, les soins dentaires - qui représentent la moitié environ de ces conduites - pourraient à l'avenir être fournis non plus en cabinet privé externe mais à l'interne, à la prison des Iles à Sion, où un cabinet de dentiste est à disposition des détenus.

Ad a. Conditions matérielles de détention – infrastructure : Des mesures doivent impérativement être prises pour assouplir les conditions de détention et le caractère carcéral de l'établissement. Les détenus doivent disposer d'un plus grand espace de récréation, avec une ou plusieurs salles de séjour. Il est recommandé, si possible, de créer des cellules individuelles équipées de toilettes normales.

Commentaire : A terme, il est prévu de regrouper la détention LMC sur un seul site. L'établissement choisi sera modifié et son fonctionnement sera organisé dans le sens des recommandations de la CNPT et du rapport d'audit pour ce qui est de la mise à disposition de locaux communs, d'espaces et de temps de loisirs en plein air plus importants. Toutefois, s'agissant de la mise à disposition des détenus LMC de cellules individuelles équipées de toilettes dites « normales », quand bien même on peut aisément comprendre les motivations bienveillantes qui sous-tendent cette recommandation, il y a lieu de rappeler que ce type d'aménagement ne correspond pas à une exigence formelle de la loi. Il est rappelé à cet égard que la durée moyenne d'un séjour LMC à Granges est de 17 jours seulement.

Ad n° 10. Conditions matérielles de détention – infrastructure : Les fumeurs et les non-fumeurs devraient être hébergés dans des cellules séparées (ch. 17, 2010). Contrairement aux dispositions de la législation fédérale, les non-fumeurs ne sont pas systématiquement séparés des fumeurs.

Commentaire : Pour l'heure, la séparation entre fumeurs et non-fumeurs est d'usage, toutefois, lorsque le centre est plein, il peut arriver qu'un détenu non-fumeur soit placé, avec son accord, en cellule avec un détenu fumeur. Si le détenu non-fumeur revient sur son accord, une solution est rapidement trouvée et l'un des deux détenus est aussitôt déplacé.

Ad Conditions matérielles de détention – infrastructure : Des places de détention adéquates doivent être créées sans délai pour les femmes détenues en vue du renvoi ou de l'expulsion (ch. 12, 2010). Le centre LMC de Granges n'accueille pour l'instant que des hommes. Un quartier a désormais été aménagé à la prison de Martigny pour accueillir des détenues administratives sur la base du droit des étrangers. Toutefois, le principe de séparation n'y est pas respecté, comme l'a constaté la Commission à l'occasion de sa visite. Dans sa prise de position, le Gouvernement du Valais avait lui-même reconnu que la prison préventive de Martigny ne peut que constituer une solution provisoire pour l'hébergement de femmes détenues administrativement en vertu du droit des étrangers. La Commission recommande que la création de places de détention adéquates pour les femmes détenues en vue du renvoi ou de l'expulsion constitue une priorité dans le cadre de la restructuration des établissements pénitentiaires valaisans.

Commentaire : Dans le cadre de la réorganisation en cours, il est prévu de regrouper sur un seul site la détention LMC, lequel sera en principe affecté exclusivement à la détention administrative. L'établissement choisi sera modifié dans le sens des recommandations de la CNPT et du rapport d'audit. Toutefois, aucune solution définitive n'a encore été arrêtée pour régler la question de la détention administrative des femmes. En effet, la loi nouvelle loi cantonale d'application de la loi

fédérale sur les étrangers, entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2013, autorise toujours qu'une partie de la détention administrative (notamment celle des femmes) puisse, à titre subsidiaire et dans le respect des exigences légales, être effectuée dans une division séparée d'un établissement pénitentiaire. A ce jour, l'effectif du service en personnel féminin est insuffisant pour organiser la détention des femmes sur deux sites distincts. Le Conseil d'Etat partage cependant l'avis de la Commission selon lequel l'organisation actuelle de la détention des femmes à Martigny n'est pas satisfaisante et que dans certaines circonstances elle peut contrevenir à certaines exigences fédérales. Dans le cadre des étapes à venir de la réorganisation des structures de détention, une attention toute particulière sera portée à la création de places de détention adéquates pour les détenues LMC.

Ad n° 11. Conditions matérielles de détention – infrastructure : A l'occasion de sa visite de suivi, la délégation a constaté qu'un mineur partageait une cellule avec un adulte. Malgré les efforts de la direction pour garantir que la détention soit aussi brève que possible, les mineurs doivent être strictement séparés des adultes aux termes de l'art. 37 let. c de la Convention sur les droits de l'enfant.

Commentaire : L'âge de la personne en question n'était pas clairement défini. Cette personne prétendait avoir 17 ans alors que l'ODM et le Service de la population et des migrations estimait que cette dernière était majeure. Elle a ainsi été placée en cellule durant une semaine au centre LMC de Granges avec un codétenu âgé lui d'une vingtaine d'années. Dans un autre cas, un mineur de 17 ans a été placé en cellule avec son père. Hormis ce type de situations qui ne sont pas contraires à la Convention sur les droits de l'enfant, les mineurs ne sont pas admis au centre LMC de Granges.

Ad n° 13. Prise en charge médicale : Il y a lieu de garantir sans délai un suivi psychiatrique par un spécialiste (ch. 21, 2010). Dans sa prise de position, le Gouvernement valaisan avait noté qu'en raison de la courte durée de séjour et de la grande diversité des langues, cette recommandation était très difficile à mettre en œuvre. Après sa deuxième visite, la Commission reste convaincue de la nécessité de mettre sur pieds un service psychiatrique. Pour surmonter les problèmes linguistiques, elle recommande recourir à des interprètes interculturels (...).

Commentaire : Etant donné que depuis le 1^{er} janvier 2013, toute la gestion de la détention LMC est rattachée au service de l'application des peines et mesures (SAPEM), les prestations médicales qui seront offertes au SAPEM par le Service de médecine pénitentiaire à compter de 2014, seront également offertes au centre LMC de Granges, ce qui permettra de remédier aux éventuelles carences constatées, en particulier en ce qui concerne la psychiatrie. Pour l'heure, les détenus LMC présentant des troubles psychiques d'une certaine gravité peuvent bénéficier sans difficulté de consultations au centre de compétences en psychiatrie et en psychothérapie de Sierre et, si nécessaire, être accompagnés par un interprète.

Ad n° 14. Activités occupationnelles : Suivant les recommandations du CPT, des mesures doivent être prises immédiatement pour créer des activités occupationnelles appropriées (ch. 18, 2010). Aucune mesure n'a été prise en vue de la mise en œuvre de cette recommandation. La Commission est d'avis qu'occuper les détenus contribuerait à réduire les tensions dans le centre de détention. Les détenus passeraient aussi beaucoup moins de temps en cellule. La Commission a été informée de la création d'un nouvel atelier de travail sur le site de Crêtelongue, destiné aux personnes détenues en vertu des dispositions du droit des étrangers, prévue fin 2013. La Commission s'en félicite et souhaite être informée de la suite donnée à ce projet.

Commentaire : Sachant que la durée moyenne de détention au centre LMC de Granges est de 17 jours, la nécessité d'offrir des activités occupationnelles n'est pas impérieuse pour la très grande majorité des détenus. Toutefois, concernant les personnes qui doivent rester plusieurs mois, il est prévu d'installer à court terme un atelier fermé dans le complexe voisin de l'Etablissement pénitentiaire de Crêtelongue. Pour l'heure, il est proposé aux personnes détenues pour une longue durée des occupations rétribuées comme le nettoyage des locaux ou l'entretien de la pelouse.

Ad n° 16. Encadrement des détenus : Depuis janvier 2013, le Centre de détention administrative peut recourir aux services du service social de l'établissement d'exécution de peines en milieu ouvert de Crêtelongue, situé à proximité. Ce service, qui emploie deux personnes, s'occupe également des prisons de Sion et de Martigny. La Commission estime que les ressources dont il

dispose actuellement ne permettront pas de répondre à l'ensemble des besoins et recommande d'examiner la possibilité de créer un nouveau poste pour le travail social.

Commentaire : Tant le rapport de la CNPT que l'audit de 2011 ont mis en exergue le manque cruel de personnel dans toutes les unités organisationnelles du service de l'application des peines et mesures. A chaque étape du processus de restructuration actuellement en cours, il est prévu de renforcer les effectifs des unités. En particulier, le service social sera renforcé afin de répondre notamment à d'éventuels besoins très spécifiques des détenus LMC non couverts par les prestations de la Croix-Rouge ou par l'administration du centre LMC.

Ad n° 19. Contacts avec le monde extérieur : Si possible, le régime des visites devrait être assoupli et la salle des visites présenter un aménagement plus convivial pour l'accueil des enfants (ch. 24, 2010) ; il y a lieu de prendre des mesures pour garantir le droit des détenus à la protection de leur sphère privée lors des conversations téléphoniques (ch. 25, 2010). La Commission relève que ces deux recommandations n'ont pas été mises en œuvre. Dans sa prise de position, le gouvernement valaisan évoquait des contraintes de type architectural et organisationnel. La Commission estime cependant que des progrès simples et peu coûteux pourraient être entrepris, notamment en munissant la cabine téléphonique d'une isolation phonique.

Commentaire : S'agissant des visites des enfants, les contraintes architecturales et organisationnelles sont toujours présentes et ne permettent pas l'aménagement plus convivial demandé pour l'accueil des enfants. Il est rappelé que la durée moyenne de séjour au centre LMC de Granges est de 17 jours.

S'agissant de la cabine téléphonique, d'ici peu, une bulle de *Plexiglas* sera installée pour l'insonoriser.

Rapport du 1^{er} octobre 2010 concernant la visite à la prison préventive et au poste de police de Brigue

Remarques générales

Le rapport d'audit de 2011 concernant le fonctionnement des prisons valaisannes préconise la fermeture pure et simple de l'établissement de Brigue pour des questions de rationalisation. Nanti des rapports des différents groupes de travail mis sur pied après l'audit, le Conseil d'Etat a rendu public les premières étapes d'un vaste projet de réorganisation des établissements de détention. Pour l'heure, le Conseil d'Etat n'entend pas donner suite à la recommandation de l'audit concernant la fermeture de l'établissement de détention de Brigue. Tout comme les instances concernées, en particulier le Ministère public et la Police cantonale, le Conseil d'Etat est d'avis que pour des raisons organisationnelles, géographiques et linguistiques, il est indispensable de disposer d'un établissement de détention dans la partie germanophone du canton. Ceci particulièrement s'agissant de la détention avant jugement des personnes dépendant du Ministère public du Haut-Valais et des personnes domiciliées dans le Haut-Valais au bénéfice de la semi-détention et du travail externe. A cela s'ajoute encore le taux actuel d'occupation très élevé de tous les établissements de détention qui rend pour l'heure absolument illusoire la fermeture immédiate d'un établissement. Des décisions doivent ainsi encore être prises à ce sujet au cours du processus de restructuration. Il est toutefois possible de communiquer les informations ci-après s'agissant des recommandations contenues dans le rapport du 1^{er} octobre 2010.

Ad n° 1. Introduction : Les différends entre les responsables des soins médicaux doivent être aplanis.

Commentaire : L'accord actuellement en vigueur concernant la médecine pénitentiaire comporte certaines lacunes qui ont provoqué des tensions par le passé. Ces tensions ont depuis été aplanies. D'entente entre les partenaires concernés (Département en charge de la sécurité, Département en charge de la santé publique et Hôpital du Valais) une convention-cadre et trois contrats de prestations concernant la médecine pénitentiaire sont en passe d'être signés. Dans le cadre des discussions préparatoires, il a été tenu compte de la situation spécifique du Haut-Valais.

Ad n° 5. Traitements dégradants : Lors des fouilles corporelles et de la mise en détention, il faut éviter de porter atteinte à la dignité des détenus de manière disproportionnée.

Commentaire : Suite au rapport de la CNPT, la direction du service a édicté un ordre de service concernant la fouille de personne. Cet ordre de service diffusé le 25 mai 2012 est obligatoire pour tous les établissements. Il précise ce qui suit au sujet de la fouille en deux phases (cf. ch. 5, p. 2) « La fouille doit s'effectuer en deux phases (...) de manière à ce que le pensionnaire ne soit pas obligé de se mettre complètement nu en présence du personnel pénitentiaire ». Au sujet de l'examen visuel des parties intimes, l'ordre de service (cf. ch. 5, p. 2) prévoit que : « le collaborateur peut, selon les cas, renoncer à l'examen visuel des parties intimes en permettant au pensionnaire de tenir un linge lorsqu'il baisse ou enlève son slip. ». Les procédures de fouille officielles appliquées actuellement permettent d'atteindre les objectifs sécuritaires visés sans porter atteinte à la dignité des personnes détenues.

Ad n° 6. Traitements dégradants : Lors des transports de courte durée, il faut veiller à ce que les mesures de sécurité ne soient pas disproportionnées et dégradantes. Il faut éviter de mener des personnes menottées par des places et des rues très fréquentées, de les faire attendre dans des salles d'attente et autres lieux publics.

Commentaire : C'est la Police cantonale qui est chargée de convoier les détenus lors des visites médicales externes ou lors des séances au tribunal. Etant donné que le risque de fuite est toujours présent s'agissant d'une personne qui se trouve en détention avant jugement, les agents de la police cantonale doivent effectuer une appréciation de la situation qui les conduit très souvent à faire usage des menottes. Ils doivent cependant porter une attention toute particulière lorsqu'il s'agit de femmes, de personnes âgées ou handicapées. Un examen au cas par cas, sous l'angle de la proportionnalité est ainsi effectué. De plus, la pratique policière permet que les menottes soient placées aux pieds, de façon à être moins visibles.

Ad n° 7. Conditions matérielles de détention – infrastructure : L'infrastructure doit prévoir une nette séparation entre la détention préventive et la détention administrative en vue du renvoi.

Commentaire : Cette remarque fait référence à la présence dans l'établissement de personnes en détention LMC. Le centre de Brigue n'accueille que très exceptionnellement et pour une nuit seulement des détenus LMC. Il s'agit uniquement de personnes en transit placées dans cet établissement pour des raisons pratiques. Le Conseil d'Etat est d'avis qu'il n'y a pas lieu de prendre d'autres mesures que celles déjà prises, soit la sensibilisation du personnel de détention aux particularités liées à la détention administrative.

Ad n° 8. Soins médicaux : Il faut garantir la confidentialité des entretiens avec le médecin.

Commentaire : La Commission est d'avis que la visite médicale pratiquée en cellule, porte entrouverte, avec présence obligatoire d'un agent de sécurité dans le couloir, ne garantit pas la confidentialité des entretiens avec le médecin. Cette manière de faire est cependant demandée par le médecin de l'établissement. Suite à la visite de 2010, le personnel a été sensibilisé à cette problématique et se tient désormais plus loin dans le couloir, suffisamment éloigné de la porte pour ne pas entendre pas ce qui se dit dans la cellule mais suffisamment proche pour entendre un éventuel appel à l'aide de la part du médecin et pour pouvoir intervenir rapidement. Très peu de détenus considèrent que cette manière de faire ne garantit pas la confidentialité des entretiens avec le médecin.

Ad n° 9. Accompagnement des détenus : Le poste de l'aumônerie doit être maintenu au moins dans la même mesure que jusqu'à aujourd'hui.

Commentaire : Le règlement sur les établissements de détention (art. 77) prévoit qu'une assistance religieuse est assurée dans chaque établissement par un aumônier catholique ou réformé nommé par le Conseil d'Etat, ou encore par un religieux d'une autre confession appelé par la direction. Il n'est pas prévu dans le projet d'ordonnance sur les droits et les devoirs des personnes détenues de réduire ou de limiter l'offre en matière d'assistance religieuse. Un contrat de prestations a du reste été signé le 28 juin 2011 entre le Département et les représentants autorisés des Eglises catholique et réformée. Cet accord renforce même l'assistance religieuse par rapport à la situation qui prévalait en 2010.

Ad n° 10. Information aux détenus : Le règlement intérieur doit être remanié et contenir la mention expresse des droits de recours dans les langues (et les alphabets) les plus couramment utilisées dans les prisons ; il doit être remis aux détenus dès leur arrivée.

Commentaire : Le Conseil d'Etat a pris acte du fait que la Commission considère que les documents mis à disposition des détenus à Brigue, soit la brochure d'information en 6 langues propre à l'établissement ainsi que le Règlement sur les établissements de détention (remis sur demande et disponible pour l'heure seulement dans les deux langues officielles du canton), ne sont pas suffisamment précis et ne sont pas disponibles dans suffisamment de langues. Le Conseil d'Etat a décidé de remplacer le règlement sur les établissements de détention à compter de 2014 par une ordonnance sur les droits et les devoirs des personnes détenues. Cette ordonnance, qui s'inspire très largement des Règles pénitentiaires européennes et des recommandations du CPT et de la CNPT, constitue un document plus précis. Le Conseil d'Etat a pris note de la demande de la Commission de le traduire en plusieurs langues ainsi que la brochure d'information.

Ad n° 11. Information aux détenus : Les détenus doivent être informés du déroulement de leur procédure. Les rendez-vous ou les annonces de visite doivent leur être communiqués sans retard

Ad n° 14. Contacts avec le monde extérieur : La censure doit accélérer la transmission du courrier postal aux détenus de préventive.

Commentaire : Il appartient à l'autorité judiciaire, respectivement à l'avocat d'informer le détenu du déroulement de la procédure. S'agissant des rendez-vous ou des annonces de visites, ceux-ci sont communiqués sans retard au détenu mais il arrive occasionnellement que le Ministère public fixe un rendez-vous ou que l'avocat décide d'une visite à très bref délai. La responsabilité de la « tardiveté » de l'annonce ne peut être portée par l'administration de la prison. La « tardiveté » de la transmission du courrier des proches résulte de la censure qui doit être exercée. Certaines lettres, rédigées dans des langues autres que les langues officielles suisses, doivent parfois être contrôlées avec l'aide d'un interprète. Il est rappelé que la censure est exercée avant tout par le Ministère public.

Ad n° 13. Contacts avec le monde extérieur : En cas de difficultés de compréhension, il faudrait permettre le recours périodique à un-e interprète, avant tout pour les détentions de durée relativement longue. **Ad n° 15. Contacts avec le monde extérieur** : Il faut mettre à disposition des détenus de la lecture (livres, journaux) dans leur langue.

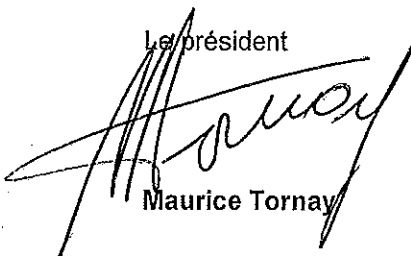
Commentaire : Etant donné que les détenus de langue étrangère arrivent assez facilement à se faire comprendre, il n'a pas été nécessaire jusqu'à présent de faire appel à un-e interprète. S'agissant des livres, suite à la visite du CNPT de 2010, la bibliothèque a été complétée, elle compte désormais des ouvrages en allemand, en français, en italien, en russe et en géorgien. De plus, le personnel est informé de la possibilité de se faire livrer des ouvrages en d'autres langues depuis la bibliothèque principale du service située à Sion. Il n'y a toutefois peu voire pas de demande concernant des ouvrages autres que ceux à disposition. S'agissant des journaux et des revues, avec l'autorisation du Ministère public, les prévenus peuvent, à leur frais s'abonner.

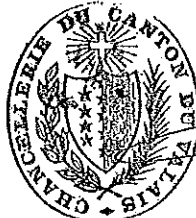
Cellules de dégrisement et arrestation provisoire par la police municipale. La Commission a relevé dans son rapport quelques problèmes concernant l'arrestation provisoire et le dégrisement sur la base du règlement communal.

Commentaire : Depuis l'entrée en vigueur au 1^{er} janvier 2011 du Code de procédure pénale suisse (art. 217 et suivants) et de ses dispositions cantonales d'application, cette matière est désormais réglementée très précisément. Par ailleurs, trois cellules municipales ont été ouvertes à Viège en 2011, de sorte que la prison de Brig et les autres établissements cantonaux n'accueillent plus de personnes en dégrisement.

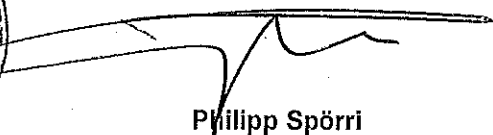
Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, l'expression de nos salutations distinguées.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Maurice Tornay



Le chancelier


Philipp Spörri